



Eine Information der nordhessischen Bundestagsabgeordneten
Ulrike Gottschalck und Dr. Edgar Franke

SPD



26. Februar 2016

Inhalt

- 1. Clausnitz und Bautzen – und die Konsequenzen**
- 2. Bundestag entscheidet über Asylpaket II**
- 3. Intelligente Mobilität fördern**
- 4. Meister-BAföG attraktiver – berufliche Bildung gestärkt**



Clausnitz und Bautzen – und die Konsequenzen

Was in Clausnitz und Bautzen passiert ist, macht fassungslos. Was geht in solchen Menschen vor, die andere grundlos zu Tode ängstigen, anfeinden und bedrohen? Menschen, die sie noch nie im Leben gesehen oder gesprochen haben und die ihnen nichts getan haben, darunter Frauen und kleine Kinder. Dieses Ausmaß an Hass und Menschenverachtung ist kaum zu überbieten. Und wer applaudierend und kopfnickend daneben steht, während eine geplante Einrichtung für Asylsuchende abbrennt, der wirft demokratische Grundrechte leichtfertig über Bord und unterstützt die geistigen und leider auch die tatsächlichen Brandstifter. Das darf unser Rechtsstaat nicht zulassen und es müssen nun Konsequenzen in und aus Clausnitz und Bautzen folgen!

Die Forderung nach Konsequenzen einte auch alle Rednerinnen und Redner der Aktuellen Stunde am Mittwoch im Plenum. Die Verantwortlichen in Sachsen müssen umgehend transparent aufklären und handeln! Wie kann es sein, dass der Leiter des bedrohten Heims, der als einer der wenigen die Ankunftszeit des Busses kennt, Mitglied der rechtspopulistischen AfD ist und schon im November als Redner bei einer Demo das „Asylchaos stoppen!“ war. Sein

Bruder wiederum hat die Kundgebung gegen das Asylheim organisiert und Spiegel-Online meldet, dass es einen weiteren Bruder gibt, der seinen Brüdern politisch nahe steht, aber von den Flüchtlingen lebt, weil er Metallcontainer als Behelfsbaracken umrüstet.

Ministerpräsident Tillich steht wegen der rassistischen Attacken in Sachsen erheblich unter Druck. Nun hat der CDU-Politiker mehr Polizeibeamte und mehr Prävention versprochen, wir werden ihn an seinen Taten messen. Tillich ist gefordert, staatliche Strukturen und die Demokratie zu festigen, um die „braune Suppe“ auszutrocknen!

Bundestag entscheidet über Asylpaket II

Im Vorfeld der 2./3. Lesung zum sogenannten [Asylpaket II](#) wurde in der Fraktion heftig und leidenschaftlich über diesen mit der Union erzielten Kompromiss debattiert.

Die Gesetzesvorlagen bündeln unterschiedliche Maßnahmen:

Ein [Gesetzentwurf](#) soll die **leichtere Ausweisung straffällig gewordener Ausländer ermöglichen**. Straftaten gegen das Leben, die körperliche Unversehrtheit, die sexuelle Selbstbestimmung, das Eigentum oder der Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte begründen zukünftig ein so genanntes schwerwiegendes Ausweisungsinteresse, sofern ein ausländischer Staatsbürger hierfür zu einer Freiheits- oder Jugendstrafe verurteilt wurde. Die Höhe der Strafe spielt dabei keine Rolle.

Asylsuchende mit geringen Chancen auf Anerkennung sollen künftig in besonderen Aufnahme-Einrichtungen untergebracht werden, in denen die **Asylverfahren in kurzer Zeit abgeschlossen** sein sollen. Diese Regelung soll Menschen aus sicheren Herkunftsstaaten und Menschen, die keine Bereitschaft zeigen, ihre wahre Herkunft aufzudecken oder die aus schwerwiegenden Gründen ausgewiesen worden sind, betreffen. Für diesen Personenkreis gilt auch eine Wohnverpflichtung in besonderen Aufnahme-Einrichtungen; daran knüpft die sogenannte Residenzpflicht an. Die Rückführung dieser Personen soll im Fall der Ablehnung des Asylantrages unmittelbar aus der Aufnahme-Einrichtung erfolgen.

Der **Schutz für minderjährige Flüchtlinge** in den Unterkünften wird verbessert. Beschäftigte und Ehrenamtliche, die in Kontakt mit Minderjährigen stehen, müssen ein erweitertes Führungszeugnis vorlegen.

Der Bund wird seine **Unterstützung bei der Passersatz-Beschaffung** intensivieren. Es wird hierzu eine neue Organisationseinheit beim Bundespolizeipräsidium eingerichtet, um Heimreisedokumente zu beschaffen. Sie hält stetigen Kontakt mit den Botschaften der Herkunftsstaaten.

Zukünftig werden **medizinische Gründe**, die gegen eine sofortige Rückführung sprechen, sehr viel genauer unter die Lupe genommen und damit die **Rückführung erleichtert**. Dazu zählt eine Präzisierung der methodischen Anforderungen an Atteste, eine widerlegbare Vermutung für das Fehlen gesundheitlicher Abschiebungshindernisse, eine Pflicht zur unverzüglichen Vorlage (statt Attest „auf Vorrat“) und bei Zweifeln der Behörde Anordnung einer ärztlichen oder amtsärztlichen Untersuchung.

Mit Blick auf eine faire Lastenverteilung und geordnete Verfahren ist es notwendig, dass ein Anspruch auf volle Leistung aus dem Asylbewerberleistungsgesetz erst dann besteht, wenn der Ankunftsnachweis in der zugewiesenen Aufnahmereinrichtung ausgestellt ist.

Außerdem sieht das geplante Gesetz vor, den **Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte ab Inkrafttreten des Gesetzes befristet für zwei Jahre auszusetzen. Eine Härtefallprüfung ist jedoch möglich**. Insbesondere das Aussetzen des

Familiennachzugs wurde in der SPD-Fraktion kritisch gesehen, gleichwohl hat die große Mehrheit der Fraktion dem Kompromiss zugestimmt, weil sonst das gesamte Asylpaket gescheitert wäre. Ein Scheitern konnten wir uns aber nicht erlauben, da die Menschen zu Recht Handlungsfähigkeit von der Regierungskoalition erwarten. Zudem gilt die Einschränkung nur für die relativ kleine Gruppe der subsidiär Schutzberechtigten, nicht aber für diejenigen, die als Asylbewerber oder als Flüchtling nach der Genfer Flüchtlingskonvention anerkannt werden. Für sie bleibt der Familien- und Elternnachzug ohne zweijährigen Aufschub erhalten.

Die SPD-Fraktion hat in den Verhandlungen über das Paket erfolgreich sichergestellt, dass Menschen, die in Deutschland Schutz suchen, weiterhin ein humanes und faires Verfahren erhalten. Haftähnliche Transitzone, wie von der Union gefordert, konnten wir verhindern.

Als **nächstes Projekt** werden wir nun ein **Integrationspaket** schnüren, um die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen, damit sich Menschen, die neu in unser Land kommen und hier bleiben werden, schnell integrieren.

SPD-Fraktion fragt Fortschritte bei Innenminister de Maizière ab

Nachdem wir als Gesetzgeber bereits viele Vorhaben auf den Weg gebracht haben, haben wir deren konkrete Umsetzung am Dienstag in der Fraktion bei Innenminister de Maizière kritisch hinterfragt.

Nach wie vor sehen wir die oberste Asylbehörde im Land, das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, kurz Bamf, als überfordert an. Das Ausmaß der unbearbeiteten Asylanträge wird auf 770 000 Fälle geschätzt. Derzeit dauert ein normales Verfahren bis zu 150 Arbeitstage, weil zum Beispiel die ärztliche Untersuchung und die Prüfung der persönlichen Dokumente an verschiedenen Orten erfolgen und dafür in aller Regel Dolmetscher benötigt werden.

Innenminister Thomas de Maizière verwies allerdings auf Fortschritte. So seien im Dezember 2015 schon 2000 Anträge pro Tag bearbeitet worden, während es davor nur 600 gewesen seien. Um sowohl den Rückstau als auch den Zugang weiterer Flüchtlinge zu bewältigen, gäbe es weitere Personalaufstockungen. Im Jahr 2016 solle die Zahl der Mitarbeiter im Bamf auf 7300 steigen.

Nach erfolgreichen Modellversuchen sollen **in jedem Bundesland Ankunftszentren aufgebaut werden**, in denen die komplette Bearbeitung erfolgt. Asylsuchende sollen dort registriert, erkennungsdienstlich behandelt und innerhalb von 48 Stunden eine Entscheidung mitgeteilt bekommen.

Mit einem speziellen Ausweis werden **Flüchtlinge ab Mitte Februar in einer zentralen Datenbank registriert**, einschließlich Fingerabdrücke und Digitalfoto. Dieser Ausweis dient als Zugangsschlüssel für Unterbringung, Verpflegung und Gesundheitsversorgung. Ein Leistungsmissbrauch sei damit unmöglich.

Die **Zahl der Flüchtlinge ist aktuell rückläufig**. Während im Januar noch täglich 2000 Menschen einreisten, sind es im Februar zwischen 400 und 700 täglich. Wie im Jahr 2015 sind auch in den ersten zwei Monaten des Jahres 2016 rund 40 Prozent der Flüchtlinge aus Syrien, 19 Prozent aus Afghanistan, 19 Prozent aus dem Irak, danach folgen dann Somalia, Iran und Marokko. Die Westbalkanstaaten spielen keine Rolle mehr.

Intelligente Mobilität fördern



In 2./3. Lesung wurde der [Antrag der Koalitionsfraktionen](#) zur Nutzung der Potenziale der Digitalisierung im Verkehrsbereich behandelt.

Die Gestaltung des digitalen Wandels ist eine wichtige Aufgabe der Politik. Wir müssen die Voraussetzungen für die Mobilität 4.0 schaffen – mit intelligenten Verkehrssystemen, automatisierter Mobilität und interaktiv kommunizierenden Verkehrsträgern, Mobilitätsangeboten und Mobilitätsbedarfen. Wir wollen die Digitalisierung in allen Verkehrsbereichen – vom Straßen- und Schienenverkehr bis zur Logistik und zur Luftfahrt - nutzen und fördern. So lassen sich Effizienz und

Sicherheit im Verkehrsbereich erhöhen und die Umwelt besser schützen.

Um die Potenziale der Digitalisierung zu nutzen, bedarf es allerdings enormer staatlicher Anstrengungen in der Forschung, Förderung und bei der Anpassung rechtlicher Rahmen und Standards. Dabei haben wir die Einhaltung der Datenschutzstandards stets fest im Blick.

Hierzu soll die Bundesregierung eine verkehrsträgerübergreifende Strategie zur intelligenten Mobilität vorgelegen. Zudem fordern die Abgeordneten die Bundesregierung unter anderem auf,

- ein „Digitales Straßengesetz“ mit konkreten Handlungsschritten zum Aufbau einer intelligenten Verkehrssteuerung und -infrastruktur zu erarbeiten,
- sich in den Verhandlungen auf internationaler Ebene weiterhin für die rechtlichen Änderungen zur Ermöglichung des automatisierten Fahrens einzusetzen und diese ebenfalls sogleich in die nationale Gesetzgebung umzusetzen, sowie
- einen Aktionsplan „Digital vernetztes Auto – intelligente Straßeninfrastruktur“ zu erstellen, in dem weitere Maßnahmen und Ergebnisse des „Runden Tisches Automatisiertes Fahren“ und der Arbeitsgruppen des Nationalen IT-Gipfels gebündelt und weitere Handlungsfelder vorgeschlagen und von der Bundesregierung bewertet werden.

Der digitale Wandel sei im Begriff, die Mobilität zu revolutionieren, heißt es im Koalitionsantrag. Ziel müsse es sein, bei den neuen Technologien und Entwicklungen die gesamte Wertschöpfungskette in Deutschland zu halten, die technologische Vorreiterrolle auszubauen und in allen Bereichen Leitmarkt und Leitanbieter für die Zukunft der individuellen Mobilität zu werden. So würden auch hochqualifizierte Arbeitsplätze in Deutschland gesichert. Gleichzeitig müssten all die durch die Digitalisierung des Verkehrssektors hervorgerufenen Veränderungen in enger Kooperation von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden begleitet werden. Denn „gute Arbeit muss sich auch in Zeiten der Mobilität 4.0 lohnen“.

Meister-BAföG attraktiver – berufliche Bildung gestärkt

In dieser Woche wurde die [3. Novelle des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes \(AFBG\)](#), umgangssprachlich [Meister-BAföG](#) genannt, beschlossen. Der zuständige Berichterstatter der SPD-Bundestagfraktion und Mitglied der Landesgruppe Hessen, Martin Rabanus, fasste in seinem Debattenbeitrag im Plenum zusammen, wofür sich die SPD in den vergangenen Monaten in den Verhandlungen eingesetzt hat: bessere Förderbedingungen für Frauen und Männer, die eine Weiterbildung zum Meister, Techniker oder Fachwirt anstreben.

Vor allem die Anhebung des Zuschussanteils zu den Kosten der Fortbildung, der so genannte Maßnahmebeitrag, auf jetzt 40 Prozent wird die finanzielle Belastung der Weiterbildungswilligen deutlich verringern. Bisher sind es 30,5 Prozent. Das ist eine konkrete Hilfe, die wir im parlamentarischen Verfahren durchsetzen konnten. Sie wird die Hürden zur Aufnahme einer Aufstiegsfortbildung deutlich senken.

Mit zahlenreichen Veränderungen wurde das AFBG nachhaltig modernisiert und an aktuelle Bedarfe angepasst. Der Zugang von Bachelorabsolventen ermöglicht es ihnen, nach der Weiterbildung einen Betrieb zu leiten. Wir stärken damit die Durchlässigkeit zwischen der beruflichen und akademischen Bildung. Weitere wichtige Punkte sind die Lockerung der Fortbildungsdichte und der förderunschädlichen Fehlzeiten. Hier entsteht mehr Spielraum für die Balance von Privatleben und Weiterbildung. Mit der Erhöhung des Unterhaltsbeitrags auf 40 Prozent schaffen wir zudem mehr Anreize für Weiterbildungswillige, die bisher wegen der hohen Folgekosten davor zurück schreckten. Die Erhöhung des Erlasses bei erfolgreichem Maßnahmeabschluss auf 40 Prozent soll zu mehr Durchhaltewillen in schwierigen Situationen motivieren.



Die Förderung von Aufstiegsfortbildungen in den Erziehungsberufen ist der SPD ein besonderes Anliegen, deshalb wurden eine sachgerechte Pauschalierung und die bürokratischen Hürden reduziert. Somit werden die Karriereperspektiven dieser großen AFBG-Fördergruppe gestärkt.

Weil für uns der Meister so wichtig ist wie der Master, wollen wir echte Gleichwertigkeit. Das neue, ab 1. August 2016 wirksame Meister-Bafög ist mit einem Jahresvolumen von rund 90 Mio. Euro ein großer Schritt dorthin. Das ist für uns Chancengleichheit in der Förderung, mit der wir für viele Bürgerinnen und Bürger den Aufstieg durch Bildung schaffen wollen. Sich weiterbilden muss belohnt werden – denn die Arbeitswelt und so auch die ganze Gesellschaft profitieren von der Weiterbildungsmotivation jedes Einzelnen. Mit dieser Novelle und der Einlösung unserer Zusage aus dem Koalitionsvertrag, die berufliche Weiterbildung zu stärken, wollen wir dazu beitragen.

Unsere Tipps:

- Am 8. März ist Internationaler Frauentag! An diesem Tag werden Frauenorganisationen weltweit den Weltfrauentag mit unterschiedlichen Aktionen begehen.

- Stiftung „Lebendige Stadt“ lobt den Stiftungspreis 2016 aus: Städte, Kommunen und Vereine, die sich mit Projekten für die Integration von Flüchtlingen über den Sport einsetzen, können sich unter www.lebendige-stadt.de bewerben! Insgesamt ist eine Preissumme von 15.000 Euro ausgesetzt.

Eine Information der Bundestagsabgeordneten Dr. Edgar Franke und Ulrike Gottschalck - Wir halten die Infos bewusst kurz, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach!

V.i.S.d.P.:
Dr. Edgar Franke, Ulrike Gottschalck
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Artikelbilder: fotolia